

Ortsrechtsverzeichnis Nr. 36

Nachstehend sind alle z.Z. geltenden Vorschriften zusammengefaßt.

Aus redaktionellen Gründen wird auf den Text der einzelnen Präambeln verzichtet. Unter Einbeziehung der Erstpräambel werden nachstehend die Änderungen in Kurzform bekanntgegeben.

Erstpräambel

Aufgrund von § 7 Abs. 1 S. 1, § 114 a Abs. 2 S. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. November 2001 (GV NRW S. 811) erlässt die Stadt Burscheid auf Beschluss des Rates vom 26.11.2002 folgende Satzung:

	Änderung früherer Vorschriften	Ratsbeschluss am	Bürgermeister am	In Kraft getreten am
Satzung	neu	26.11.2002	03.12.2002	01.01.2003
I.Änd.	§ 11	21.12.2004	21.12.2004	01.01.2005
II. Änd.	§ 7	20.03.2007	29.03.2007	03.04.2007

Mit o.b. Aufzeichnungen entfällt die Aufnahme der Inkraftsetzungsbestimmungen am Ende der Vorschrift.

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Rechtsform, Name, Sitz, Stammkapital
- § 2 Gegenstand der kommunalen Einrichtung Technische Werke Burscheid
(Anstaltszweck)
- § 3 Organe
- § 4 Verwaltungsrat
- § 5 Zuständigkeit des Verwaltungsrates
- § 6 Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrates
- § 7 Vorstand
- § 8 Zuständigkeiten des Vorstandes
- § 9 Zuständigkeiten des Rates
- § 10 Verpflichtungserklärungen
- § 11 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen
- § 12 Wirtschaftsjahr
- § 13 Personalvertretung
- § 14 Auflösung
- § 15 Bekanntmachung
- § 16 Inkrafttreten

§ 1

Name, Sitz, Stammkapital

- (1) Die „Technischen Werke Burscheid, Anstalt des öffentlichen Rechts“ sind eine selbständige Einrichtung der Stadt Burscheid in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmen). Sie wird auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen dieser Satzung geführt.
- (2) Das Kommunalunternehmen führt den Namen „Technische Werke Burscheid“, mit dem Zusatz „Anstalt des öffentlichen Rechts“. Es tritt unter diesem Namen im gesamten Geschäfts- und Rechtsverkehr auf. Die Kurzbezeichnung lautet „TWB“.
- (3) Das Kommunalunternehmen hat seinen Sitz in der Stadt Burscheid.
- (4) Das Stammkapital beträgt 1.000.000 Euro.
- (5) Das Kommunalunternehmen führt ein Dienstsiegel mit dem Stadtwappen der Stadt Burscheid und der Umschriftung „Technische Werke Burscheid, Anstalt des öffentlichen Rechts“.

§ 2

Gegenstand des Kommunalunternehmens (Anstaltszweck)

- (1) Aufgaben des Kommunalunternehmens sind:
 1. Die Stadtentwässerung einschließlich der hierzu gehörenden Vermögensverwaltung nach den gesetzlichen Vorschriften,
 2. Die Straßenreinigung und der Winterdienst nach den gesetzlichen Vorschriften.

3. Wahrnehmung der Tätigkeit der Straßenbaubehörde einschließlich der Vermögensverwaltung (allgemeiner Tiefbau) nach den gesetzlichen Vorschriften.
4. Führung des Bauhofes mit seinen Serviceleistungen für das Kommunalunternehmen und für andere Bereiche der Stadt Burscheid. Zu diesen gehören Straßen- und Entwässerungsunterhaltungsarbeiten, Grünpflege, Friedhof und sonstige Unterhaltungsarbeiten an Gebäuden und Einrichtungen.

Hierzu gehört auch die Einrichtung und Unterhaltung von Neben- und Hilfsbetrieben, die die Aufgaben des Kommunalunternehmens fördern und wirtschaftlich mit ihnen zusammenhängen.

Bei den in § 2 Abs. 1 Nr. 1,2 und 4 genannten Bereichen geht das in den Eröffnungsbilanzen näher bezeichnete bewegliche und unbewegliche Vermögen (einschließlich der Forderungen/Verbindlichkeiten) auf das Kommunalunternehmen über, mit Ausnahme der Grünflächen, des Friedhofes und der hierzu gehörenden Gebäude und Einrichtungen. Im Fall des § 2 Abs. 1 Nr. 3 erfolgt kein Vermögensübergang.

Bei Erwerb und Veräußerung von Grundstücken im Zusammenhang mit der Erfüllung von Aufgaben nach Ziffer 1 und 3 dieses Absatzes wird das Kommunalunternehmen im Namen und Auftrag der Stadt Burscheid tätig. Entsprechendes gilt auch für den Erwerb von Vermögen nach Ziffer 3 dieses Absatzes. Die sonderrechtfähigen Bestandteile des Kanalvermögens stehen im Eigentum des Kommunalunternehmens.

- (2) Zur Förderung seiner Aufgaben kann sich das Kommunalunternehmen „Technische Werke Burscheid“ an anderen Unternehmen beteiligen, wenn das dem Anstaltszweck dient. Dabei ist sicherzustellen, dass die Haftung des Kommunalunternehmens auf einen bestimmten Betrag begrenzt ist.
- (3) Das Kommunalunternehmen kann die in Absatz 1 bezeichneten Aufgaben unter den jeweils geltenden gesetzlichen Voraussetzungen auch für andere Gemeinden wahrnehmen.
- (4) Das Kommunalunternehmen „Technische Werke Burscheid“ ist nach § 114 a Abs. 3 GO NW berechtigt, anstelle der Stadt

1. Satzungen für die gemäß § 2 Abs. 1 (Ziffer 1 und 2) übertragenen Aufgabengebiete zu erlassen,
2. unter den Voraussetzungen des § 9 GO NW durch Satzung einen Anschluss- und Benutzungszwang der öffentlichen Einrichtung für den übertragenen Aufgabenkreis anzuordnen.

Die Stadt Burscheid überträgt insoweit das ihr gemäß §§ 1, 2, 4, 6, 8 und 10 des Kommunalabgabengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.69 (GV. NW S 712) -in der jeweils geltenden Fassung-, zustehende Recht, Gebühren, Beiträge und Entgelte im Zusammenhang mit der wahrzunehmenden Aufgabe zu erheben und zu vollstrecken.

- (5) Das Kommunalunternehmen kann Beamtinnen/ Beamte ernennen, versetzen, abordnen, befördern und entlassen, soweit sie hoheitliche Befugnisse ausüben. Dies gilt sinngemäß, allerdings ohne die zuvor genannte Einschränkung, auch für Arbeiterinnen / Arbeiter und Angestellte. Die Regelungen des Landesgleichstellungsgesetzes gelten entsprechend.

§ 3

Organe

- (1) Organe des Kommunalunternehmens „Technische Werke Burscheid“ sind:

der Verwaltungsrat (§§ 4 bis 6)

der Vorstand (§§ 7 und 8).

- (2) Die Mitglieder aller Organe des Kommunalunternehmens sind verpflichtet, über sämtliche vertrauliche Angelegenheiten, von denen sie Kenntnis erhalten, Stillschweigen zu bewahren. Diese Pflicht besteht auch nach dem Ausscheiden fort. Sie gilt nicht gegenüber den Organen der Stadt.
- (3) Die Befangenheitsvorschriften des § 31 GO NW gelten entsprechend.

§ 4**Verwaltungsrat**

- (1) Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden und 12 übrigen Mitgliedern. Für die übrigen Mitglieder werden Vertreter bestellt.
- (2) Vorsitzende/r des Verwaltungsrates ist die Bürgermeisterin / der Bürgermeister der Stadt Burscheid. Die Regelungen zum Vorsitz des Verwaltungsrates gem. § 114 a Abs. 8 Satz 3 und 4 GO NW bleiben unberührt. Die Vertreterin / der Vertreter der Vorsitzenden / des Vorsitzenden wird aus der Mitte des Verwaltungsrates gewählt. Die Vertreterin / der Vertreter ist Ratsmitglied.
- (3) Der Verwaltungsrat berichtet dem Rat der Stadt mindestens einmal jährlich neben dem Jahresabschlußbericht (§ 11 Abs. 2) über alle wichtigen Angelegenheiten, insbesondere über die wirtschaftliche Situation des Kommunalunternehmens. Unabhängig von dieser Berichtspflicht ist dem Rat oder einer Beauftragten / einem Beauftragten des Rates auf Verlangen eines Fünftels der Ratsmitglieder oder einer Fraktion über alle wichtigen Angelegenheiten des Kommunalunternehmens „Technische Werke Burscheid“ Auskunft zu geben.
- (4) Die Amtszeit von Mitgliedern des Verwaltungsrates endet mit dem Ende der Wahlzeit des Rates. Die Amtszeit von Verwaltungsratsmitgliedern, die auch Ratsmitglieder sind, endet auch bei vorzeitigem Ausscheiden aus dem Rat. Die Mitglieder des Verwaltungsrates üben ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Mitglieder weiter aus.
- (5) Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten eine Entschädigung für die Teilnahme an dessen Sitzungen entsprechend den für das Sitzungsgeld geltenden Bestimmungen der Entschädigungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung.

§ 5**Zuständigkeit des Verwaltungsrates**

- (1) Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes.

- (2) Der Verwaltungsrat entscheidet über:
 1. Erlass von Satzungen im Rahmen des dem Kommunalunternehmens übertragenen Satzungsrechtes nach § 2 Abs.1 Ziff. 1 und 2.
 2. Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und deren Stellvertreter sowie Regelung der Dienstverhältnisse einschließlich der Erteilung und dem Widerruf von Prokura.
 3. Ernennung, Einstellung, Höhergruppierung, Abordnung, Versetzung, Ruhestandsversetzung und Entlassung von Beamten / Beamtinnen und Angestellten, ab Besoldungsgruppe A 11 bzw. Vergütungsgruppe IVa.
 4. Beteiligung der „Technischen Werke Burscheid“ an anderen Unternehmen.
 5. Festsetzung allgemeiner Leistungsentgelte sowie allgemeiner Tarife, Gebühren und sonstiger Beiträge nach Kommunalabgabengesetz (KAG NW) vom 21.10.69 (GV. NW.S.712) –in der jeweils geltenden Fassung- gem. dem übertragenen Satzungsrecht.
 6. Feststellung und Änderung des Wirtschaftsplans.
 7. Bestellung des Abschlussprüfers.
 8. Feststellung des Jahresabschlusses, Verwendung des Jahresgewinns, Behandlung des Jahresverlustes sowie Entlastung des Vorstands.
 9. Verfügungen über das Anlagevermögen und alle Verpflichtungen hierüber, soweit sie Erwerb, Veräußerung, Tausch und Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten betreffen, sofern nicht gemäß Geschäftsordnung der Vorstand zuständig ist.
 10. Wesentliche Änderungen des Betriebsumfanges der „Technischen Werke Burscheid“, insbesondere die Übernahme von neuen Aufgaben im Rahmen der durch diese Satzung übertragenen Aufgaben.

11. Stundung, Niederschlagung, Erlass von Forderungen (und ähnlichen Entscheidungen), sofern nicht gemäß Geschäftsordnung der Vorstand zuständig ist.
12. Auftragsvergaben, sofern nicht gemäß Geschäftsordnung der Vorstand zuständig ist.
13. Kreditaufnahmen, sofern nicht gemäß Geschäftsordnung der Vorstand zuständig ist.

Die Rechte des Rates der Stadt Burscheid aus § 114 a Abs. 7 GO NW werden durch die Bestimmungen zu den Punkten 1 und 4 nicht berührt.

- (3) Vorstandsmitgliedern gegenüber vertritt die Vorsitzende / der Vorsitzende des Verwaltungsrates die „Technischen Werke Burscheid“ gerichtlich und außergerichtlich. Sie/Er vertritt das Kommunalunternehmen auch, wenn noch kein Vorstand vorhanden oder der Vorstand nicht handlungsfähig ist.
- (4) Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 6

Einberufung und Beschlüsse des Verwaltungsrates

- (1) Der Verwaltungsrat tritt auf schriftliche Einladung der Vorsitzenden /des Vorsitzenden des Verwaltungsrates zusammen. Die Einladung muss Tagungszeit und -ort und die Tagesordnung angeben und den Mitgliedern des Verwaltungsrates spätestens am siebten Kalendertag vor der Sitzung zugehen. In dringenden Fällen kann eine andere Form der Einberufung und eine kürzere Frist gewählt werden.
- (2) Der Verwaltungsrat ist jährlich mindestens zweimal einzuberufen. Er muß außerdem einberufen werden, wenn dies mindestens ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates unter Angabe des Beratungsgegenstandes bei der Vorsitzenden/dem Vorsitzenden beantragt. Der Vorstand nimmt immer an den Sitzungen teil.

- (3) Die Sitzungen des Verwaltungsrates werden von der Vorsitzenden /dem Vorsitzenden des Verwaltungsrates geleitet. Die Sitzungen sind nicht öffentlich. Im Einzelfall kann der Verwaltungsrat die Öffentlichkeit der Sitzung zulassen.
- (4) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder bzw. deren Stellvertreterin / Stellvertreter anwesend sind. Er gilt als beschlussfähig, solange seine Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist.
- Über andere als in der Einladung angegebene Beratungsgegenstände darf nur dann Beschluss gefasst werden, wenn
1. die Angelegenheit dringlich ist und der Verwaltungsrat der Behandlung mehrheitlich zustimmt, oder
 2. sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrates (bzw. deren Stellvertreterin / Stellvertreter) anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht.
- (5) Wird der Verwaltungsrat zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Folge hingewiesen werden.
- (6) Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen sind zulässig. § 50 Abs. 5 GO NW gilt entsprechend.
- (7) Über die gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift zu fertigen. Die Niederschrift ist von der Vorsitzenden / vom Vorsitzenden des Verwaltungsrates und dem Schriftführer zu unterzeichnen und dem Verwaltungsrat in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen.
- (8) In dringenden Einzelfällen kann die Vorsitzende / der Vorsitzende des Verwaltungsrates zusammen mit einem weiteren Mitglied des Verwaltungsrates entscheiden. Diese Entscheidungen sind dem Verwaltungsrat in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. § 60 Abs. 1 S. 4 GO NW gilt entsprechend.

- (9) Der § 54 GO NW gilt für den Vorsitzenden des Verwaltungsrates entsprechend.

§ 7

Vorstand

- (1) Der Vorstand des Kommunalunternehmens „Technische Werke Burscheid“ besteht aus einem oder mehreren Vorstandsmitgliedern. Der Verwaltungsrat kann stellvertretende Mitglieder des Vorstandes bestellen.
- (2) Die Mitglieder des Vorstands haben mit der Sorgfalt ordentlicher Geschäftsleute vertrauensvoll und eng zum Wohl des Kommunalunternehmens zusammenzuarbeiten.
- (3) Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt, erneute Bestellungen sind zulässig.
- (4) Ein Mitglied des Vorstandes ist Sprecherin / Sprecher des Vorstandes.
- (5) Die Mitglieder des Vorstandes vertreten sich gegenseitig.
- (6) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 8

Zuständigkeiten des Vorstandes

- (1) Der Vorstand leitet das Kommunalunternehmen „Technische Werke Burscheid“ eigenverantwortlich, sofern nicht gesetzlich oder durch diese Satzung etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand ist zuständig für die beamten-, arbeits- und tarifrechtlichen Entscheidungen, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist.
- (2) Der Vorstand vertritt das Kommunalunternehmen gerichtlich und außergerichtlich. Die Vorstandsmitglieder sind allein vertretungsberechtigt.
- (3) Der Vorstand ist zuständig für die Ernennung, Einstellung, Beförderung, Abordnung, Höhergruppierung, Versetzung, Ruhestandsversetzung und Entlassung von Beamtinnen / Beamten bis Besoldungsgruppe A 10, von Angestellten bis Vergütungsgruppe BAT IVb und von Arbeiterinnen / Arbeitern aller Tarifgruppen.
- (4) Die nach geltendem Recht auszustellenden Urkunden für Beamtinnen/Beamte, Arbeitsverträge und sonstigen schriftlichen Erklärungen zur Regelung der

Rechtsverhältnisse von Angestellten und Arbeiterinnen/Arbeitern bedürfen der Unterzeichnung durch den Vorstand.

(5) Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat zu berichten über

1. Die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung (insbesondere die Finanz-, Investitions- und Personalplanung).
2. Die Rentabilität des Kommunalunternehmens „Technische Werke Burscheid“, insbesondere die Rentabilität des Eigenkapitals.
3. Den Gang der Geschäfte, insbesondere den Umsatz und die Lage des Kommunalunternehmens „Technische Werke Burscheid“.
4. Geschäfte, die für die Rentabilität und Liquidität des Kommunalunternehmens von erheblicher Bedeutung sein könnten.

Der Vorstand hat den Verwaltungsrat halbjährlich über die Abwicklung des Vermögens- und Erfolgsplanes schriftlich zu unterrichten. Des Weiteren hat der Vorstand den Verwaltungsrat zu unterrichten, wenn bei der Ausführung des Erfolgsplanes erfolgsgefährdende Mindererträge oder Mehraufwendungen zu erwarten sind. Sind darüber hinaus Verluste zu erwarten, die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Burscheid haben könnten, ist diese zu unterrichten; dem Verwaltungsrat ist hierüber unverzüglich zu berichten.

Im übrigen hat der Vorstand dem Verwaltungsrat in allen Angelegenheiten auf Anforderung Auskunft zu geben und ihn über alle wichtigen Vorgänge rechtzeitig zu unterrichten.

§ 9

Zuständigkeiten des Rates

- (1) Der Rat wählt die Mitglieder des Verwaltungsrates. Die Regelungen zum Vorsitz des Verwaltungsrates gemäß § 114a Abs. 8 S. 1-4 GO NW bleiben unberührt. Der Verwaltungsrat unterliegt bei dem Erlaß von Satzungen und der Beteiligung der Anstalt an anderen Unternehmen den Weisungen des Rates.
- (2) Der Rat beschließt das Abwasserbeseitigungskonzept.

§ 10**Verpflichtungserklärungen**

- (1) Verpflichtende Erklärungen bedürfen der Schriftform, die Unterzeichnung erfolgt unter dem Namen „Technische Werke Burscheid, Anstalt des öffentlichen Rechts“ durch die Vorstandsmitglieder, im übrigen durch jeweils Vertretungsberechtigte.
- (2) Die Vorstandsmitglieder unterzeichnen ohne Beifügung eines Vertretungszusatzes, andere Unterschriftsberechtigte mit dem Zusatz „Im Auftrag“.

§ 11**Wirtschaftsführung und Rechnungswesen**

- (1) Das Kommunalunternehmen ist sparsam und wirtschaftlich unter Beachtung des öffentlichen Zwecks zu führen. Im Übrigen gelten die Vorschriften des § 75 GO NW entsprechend.
- (2) Der Vorstand hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und die Erfolgsübersicht innerhalb von drei Monaten nach Ende des Wirtschaftsjahres aufzustellen und nach Durchführung der Abschlussprüfung dem Verwaltungsrat zur Feststellung vorzulegen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind vom Vorstand unter Angabe des Datums zu unterzeichnen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht, die Erfolgsübersicht und der Bericht über die Abschlussprüfung sind dem Rat der Stadt zuzuleiten. Im übrigen ist § 27 Abs. 2 der Kommunalunternehmensverordnung (KUV) vom 24.10.2001 (GV. NW. S. 773) –in der jeweils geltenden Fassung- zu beachten.
- (3) Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes erfolgt gem. § 108 Abs. 1 Nr. 8 GO NW in entsprechender Anwendung der Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches.

§ 12**Wirtschaftsjahr**

Das Wirtschaftsjahr des Kommunalunternehmens ist das Kalenderjahr.

§ 13

Personalvertretung

Die Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes (LPVG) vom 3.12.1974 (GV NW.S.1514) –in der jeweils geltenden Fassung- gelten nach § 1 dieser Vorschrift auch für das Kommunalunternehmen. Das Kommunalunternehmen ist eine eigene Dienststelle im Sinne des LPVG.

§ 14

Auflösung

Bei Auflösung der „Technischen Werke Burscheid, Anstalt des öffentlichen Rechts“ fällt das Anstaltsvermögen der Stadt Burscheid zu.

§ 15

Bekanntmachung

Die Vorschriften zur öffentlichen Bekanntmachung der Anstalt richten sich, wenn gesetzliche Bestimmungen nichts Gegenteiliges regeln, nach den entsprechenden Vorschriften der Hauptsatzung der Stadt Burscheid vom 18.02.1998, -in der jeweils geltenden Fassung-.

§ 16

Inkrafttreten

(siehe Deckblatt /Zusammenfassung)

Bekanntmachungsanordnung

Burscheid, den (Daten siehe Deckblatt)

Der Bürgermeister

gez. Unterschrift